Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 3

Artikel: Inmitten des neuen Weltkrieges
Autor: Oprecht, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334612

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
22. JAHRGANG – NOVEMBER 1942 – HEFT 3

Inmitten des neuen Weltkrieges

Von Dr. Hans Oprecht

I.

Mit dem Beginn des vierten Jahres des neuen Weltkrieges wird die Besinnung der SPS. auf ihre Aufgabe ein weiteres Mal zur Notwendigkeit. Standort, Aufgabe und damit Politik der SPS. im zweiten Weltkrieg sind durch den Zürcher Parteitag vom Mai 1941 prinzipiell bestimmt worden. Der Zürcher Parteitag 1941 zog die Konsequenzen aus den Beschlüssen der Parteitage 1935 in Luzern und 1937 in Zürich. Die Programmrevision 1935 hatte zum Zwecke, die SPS. zur allgemeinen Volksbewegung zu machen. Der «Plan der Arbeit» war dabei das dazu bestimmte Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. Die Stellungnahme des Zürcher Parteitages 1937 zur Richtlinienbewegung gab die erwünschte Gelegenheit, die Partei in der Frage der Landesverteidigung aus jeder zweifelhaften Situation zu befreien. So trat 1939 die Partei *ideologisch* mit einer klaren Haltung in den zweiten Weltkrieg. Was damals und seither innerhalb der Partei umstritten war und zum Teil umstritten geblieben ist, sind rein taktische Einstellungen und Maßnahmen. Soll die Partei angesichts der allgemeinen Lage mit anderen Parteien und Organisationen politische Arbeitsgemeinschaften eingehen oder soll sie selbständig und führend, als Oppositionspartei zugunsten der werktätigen Volksschichten Politik betreiben? Die Frage ist von Kanton zu Kanton, je nach der taktischen Lage, verschieden beantwortet worden. In der eidgenössischen Politik ist seit dem Parteitag 1939 in Lausanne von der SPS. die Teilnahme an einer politischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt worden. Der Zürcher Parteitag 1941 hat ausdrücklich die Rolle der SPS. als sozialistische Opposition in der schweizerischen Politik unterstrichen. Es genügt zum Beweis dafür, auf die Kundgebung des Parteitages vom 24./25. Mai 1941 in Zürich hinzuweisen.

Die Beschlüsse dieses Parteitages waren in bezug auf die Haltung der SPS. zum zweiten Weltkrieg und damit zur schweizerischen Außenpolitik ebenfalls eindeutig. Die SPS. stellte sich dabei auf den Standpunkt der absoluten und integralen Neutralität, soweit es sich um die staatliche Außenpolitik handelt.

Als freie Arbeiterbewegung, die für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich ist, bekämpft die SPS. mit allen Mitteln Faschismus und Nationalsozialismus als ihr Feind Nr. 1.

II.

Durch diese eindeutige Stellungnahme ergab sich für die SPS. keine Notwendigkeit eines Stellungwechsels, als Rußland in den zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde. Auf Grund ihrer Haltung gegenüber Nationalsozialismus und Faschismus hatte die SPS. den deutsch-russischen Pakt 1939 bekämpft, weil dieser unbestreitbar auch eine Förderung der Kriegspolitik des Nationalsozialismus und Faschismus zur Folge gehabt hat. Die Stellungnahme der damals noch existierenden Kommunistischen Partei der Schweiz und der sowjetrussischen Anhänger in der SPS. war im Sommer 1939 mehr als gewunden in bezug auf den Russenpakt Hitlers. Es mußten damals sogar die Propagandaparolen Göbbels gegen die Westmächte herangezogen werden, um der Arbeiterschaft in der Schweiz verständlich machen zu wollen, warum der Pakt für Rußland eine Notwendigkeit sei. «Kampf den Plutokratien!» war das Schlagwort, das auch in der Schweiz von der Kommunistischen Partei verwendet wurde. Die Lage hat sich grundlegend geändert dadurch, daß Rußland auf Seite der Anglosachsen im Krieg steht. Die SPS. braucht dabei keine Wandlung zu vollziehen. Sie verfolgt heute mit dem ganzen Volk in stärkster Anteilnahme den Krieg im Osten. Wir haben aber als schweizerische Sozialisten uns weder mit der russischen Außenpolitik noch mit der anglosächsischen Außenpolitik zu identifizieren. Unser Standpunkt ist der der sozialistischen Arbeiterschaft. Es ist damit von uns auch nicht darüber zu diskutieren, ob die zweite Front den Russen eine Hilfe bringen könne. Vielleicht hätte die zweite Front im Jahre 1939 billiger errichtet werden können . . .Wir stellen lediglich fest, daß für die SPS. die Interessen der sozialistischen Arbeiterschaft maßgebend sind und nicht die außenpolitischen Interessen irgendeines Landes.

Heute sind die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft identisch mit den Interessen derer, die im Kampfe gegen Nationalsozialismus und Faschismus stehen. Das kann wieder ändern, würde aber unsere grundsätzliche Haltung nicht beeinflussen.

Als Sozialisten erkennen wir auch im heutigen Weltkrieg den fortschreitenden Zerfall der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Es wird und muß daraus eine neue Ordnung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hervorgehen. Wir marschieren deswegen als sozialistische Arbeiterbewegung mit den westlichen Demokratien und Rußland, soweit ihr Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus geht. Wir trennen uns von ihnen aber, sobald ihr Kampf nur darauf gerichtet ist, bestehende Ordnungen zu erhalten. Denn als Sozialisten wollen auch wir eine neue Ordnung: in der vor allem die Stellung der Arbeit im gesellschaftlichen Geschehen eine andere ist. Darum begrüßten wir grundsätzlich den anglosowjetrussischen Pakt, soweit er gegen Nationalsozialismus und Faschismus gerichtet ist. Wir stellen aber auch hierzu fest, daß es sich wiederum um ein reines Defensivbündnis handelt, das in bezug auf die gemeinsame Politik der beiden Verbündeten gegenüber den Achsenmächten für den Fall eines Sieges alles offen läßt. Daraus ergibt sich der zwingende Schluß, daß unsere Stellung im Falle eines Sieges der Anglosachsen und der Russen davon abhängen wird, welche Regierungen in England, in Ruß-

land und in den Vereinigten Staaten von Amerika am Ruder sein werden. Sowohl in England als auch in den Vereinigten Staaten ist heute die kapitalistische Klasse immer noch die stärkste und ausschlaggebendste Macht in bezug auf die Regierungspolitik. Welche politische Entwicklung in Rußland im Verlaufe des Krieges sich noch vollziehen kann, bleibt eine offene Frage. Wenn die sozialistische Arbeiterbewegung ihren Einfluß auf die Gestaltung Europas für die Zeit nach dem Kriege ausüben will, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als den Versuch der Verständigung der sozialistischen Parteien aller Länder zu unternehmen, wie Europa bei Kriegsschluß geordnet werden soll. Es müßte damit eine dritte Front durch alle Länder gebildet werden. Deren Aufgabe wäre es, den Frieden im Zeichen des Sozialismus vorzubereiten. Aus solcher außenpolitischen Haltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ergibt sich auch eine zwingende Schlußfolgerung für die Stellungnahme zur Innenpolitik eines jeden Landes.

III.

Die oppositionelle Stellung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz muß verschärft werden. Denn auch die derzeitige Regierung im Bund ist die Treuhänderin der herrschenden Klasse. Der beste Beleg dafür ist die Vollmachtenpolitik des Bundesrates. In den Kantonen und Gemeinden ist solch oppositionelle Haltung der Sozialdemokratischen Partei durch deren Beteiligung an der Regierung erschwert. Daraus darf nicht der Schluß gezogen werden, daß solch eine Beteiligung in den Kantonen und Gemeinden an der Staatsmacht grundsätzlich falsch wäre. Wir müssen uns in den Kantonen und Gemeinden darauf vorbereiten, daß wir auch im Bund regieren können. Die Gefahr liegt mehr auf persönlichem Gebiet. Unsere sozialdemokratischen Vertreter in den kantonalen und Gemeindebehörden vergessen leicht, daß sie Sozialisten sind. Sie wollen häufig den Beweis dafür erbringen, daß sie mindestens so gut wie die bürgerlichen Regierungsräte und Stadträte verwalten können. Die Partei muß deswegen bei der Wahl ihrer Vertreter in die Behörden zuerst und vor allem darauf abstellen, daß Sozialisten dem Volk empfohlen werden und nicht gute Verwaltungsfachleute. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz selber muß ihre Politik als Oppositionspartei dabei wieder mehr sozialistisch orientieren. Der Krieg wird noch lange dauern. Die Vereinigten Nationen, im besonderen die USA., sind erst im Begriffe, ihr Kriegspotential zur vollen Entwicklung zu bringen. Die Kriegswirtschaft, auch in unserem Lande, wird damit immer intensiver werden. Kriegswirtschaft ist aber nichts weniger als sozialistische Planwirtschaft. Auch wir als Sozialisten müssen solche Kriegswirtschaft als notwendiges Übel ansehen. Wir müssen dem Volk zeigen, was wir unter sozialistischer Wirtschaft verstehen. Denn es ist mit Recht eine starke Reaktion des Volkes gegen die heutige Kriegswirtschaft, vor allem in der Nachkriegszeit, zu erwarten. Wir müssen den Beweis erbringen, daß geordnete Wirtschaft und Freiheit des Volkes und Aufrechterhaltung seiner Rechte keinen Widerspruch darstellen. Wir müssen mit dem «Plan der Arbeit» zeigen, wie wir uns die sozialistische Wirtschaft vorstellen. Deshalb hatten wir den «Plan der Arbeit» den heutigen Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Der

Parteitag vom Mai 1941 in Zürich gab in diesem Sinne der Parteileitung Auftrag. Deren Arbeiten sind abgeschlossen. Die Politische Kommission und der Parteivorstand beschäftigen sich derzeit mit der Vorlage der Geschäftsleitung. Gestützt darauf soll eine Aktion im Parlament und im Volk im Sinne der Neuordnung von Wirtschaft und Staat in der Kriegs- und Nachkriegszeit eingeleitet werden. Der «Plan der Arbeit» wird vor allem den Gedanken der Genossenschaft und der Selbstverwaltung in den Vordergrund stellen müssen. Er wird zugleich als «Charte du Travail» die Rolle der Arbeit im gesellschaftlichen Geschehen ganz anders fixieren als das in der bisherigen Wirtschaftsordnung der Fall war. Wir wiederholen, was wir früher schon festgestellt hatten: «Der demokratische Volksstaat muß neue Menschenrechte zur konstitutionellen Grundlage seiner Politik machen. Zur Freiheit der Person, des Gewissens, des Glaubens, muß der demokratische Staat seinen Bürgern die Sicherung der Existenz und den Anteil am Arbeitsertrag gewährleisten. Das ist möglich, wenn an Stelle der individualistischen Privatwirtschaft die sozial orientierte Gemeinwirtschaft tritt.»

Der den neuen Verhältnissen angepaßte «Plan der Arbeit» als sozialistische Ordnung von Wirtschaft und Staat bildet zugleich die Grundlage zur Anhandnahme der Revision der Bundesverfassung. Grundsätze der Revision sind von uns ausgearbeitet worden. Sie stehen ebenfalls zur Beratung in der Politischen Kommission und im Parteivorstand.

IV.

Neben solch prinzipieller Orientierung der Politik der SPS. auf die Kriegs- und Nachkriegszeit dürfen die Tagesaufgaben nicht vernachlässigt werden. Das wichtigste und entscheidende Problem der Gegenwart ist das der Löhne und Preise. Bei dessen Behandlung durch die herrschende Klasse tritt der Klassencharakter unserer Bundespolitik am schärfsten wieder in Erscheinung. Unsere Stellungnahme zum Lohn- und Preisproblem in der Kriegszeit ist fixiert. Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, daß Preise und Löhne stabilisiert werden können. Das ist in der heutigen Wirtschaftsordnung eine «contradictio in adjecto». Eine Stabilisierung der Preise und Löhne ist nur in einer anderen Wirtschaftsordnung, nämlich in einer planmäßig geordneten Wirtschaft, zum Teil mit Hilfe der Währung, möglich. Darum bleibt uns nichts anderes übrig, als der Teuerung gegenüber den *Lohnausgleich* zu fordern, so sehr wir uns dessen ständig bewußt sind, daß die Löhne den steigenden Preisen gegenüber immer hintennach hinken werden. Wir müssen dabei für die unteren Kategorien der Arbeitnehmer ein Existenzminimum verlangen, das der Staat zu garantieren hat. Wir bleiben uns dabei dessen ständig bewußt, daß nur die grundsätzliche Lösung, die Änderung der wirtschaftlichen Ordnung, das Lohn- und Preisproblem lösen kann. Unsere Stellung zu den Illusionen der Duttweilerschen Initiative des Rechts auf Arbeit ist damit auch festgelegt.

Auch in bezug auf die Finanzpolitik des Bundesrates ist unsere oppositionelle Haltung zu verschärfen. Die einseitige Belastung der großen Massen des Volkes durch die Verdoppelung der Umsatzsteuer muß abgelehnt werden. Besitz und große Einkommen sind stärker zur Lasten-

tragung heranzuziehen. Wir vertreten damit den Standpunkt, daß gegen die Klassenpolitik der herrschenden Schichten der Kampf der SPS. mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft zu verschärfen ist. Es müssen überall Lohnforderungen gestellt werden. Denn die Verelendung der Arbeiterschaft darf nicht weitere Fortschritte machen, während andere Volkskreise am Krieg profitieren. Voraussetzung des Erfolges dieses verschärften politischen Kampfes, der nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch zu führen ist, bildet die Verständigung mit den Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Partei muß auf dem Boden der Gleichberechtigung vertieft werden. Denn die Bedeutung der Gewerkschaften ist in den Jahren seit dem letzten Weltkrieg stark gewachsen. Das gilt zahlenmäßig und in sozialer Hinsicht. Die Partei muß sich mit dieser Situation abfinden. Denn es muß verhindert werden, daß die Gewerkschaften eigene Wege gehen. Darum ist der Versuch der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, sich zu verständigen, um bei Wahrung aller Unabhängigkeit gemeinsam den Weg zu gehen, für die Arbeiterbewegung der ganzen Schweiz von sinnvoller Bedeutung.

V.

Politik und Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sind damit umrissen. Die Erfüllung der Tagesaufgaben und die Vorbereitung der Aufgaben, die das Kriegsende und die Nachkriegszeit uns stellen werden, setzen eine einige und geschlossene Arbeiterbewegung voraus. Alle Kräfte sind darauf zu konzentrieren, daß die schweizerische Arbeiterbewegung einig und geschlossen, trotz der Schwierigkeiten der Zeit, ihren Kampf führen kann. Sie wird dann allein imstande sein, ihre Mission zu erfüllen.

Unmögliche Geschichtsquelle?

E. J. W. In den beiden letzten Nummern der «Roten Revue» richtete Genosse Wilhelm Dittmann unter der Überschrift «Trau — schau — wem!» einen heftigen Angriff gegen Rosenberg, den Verfasser einer Reihe wertvoller historischer Werke über die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Verfasser gehöre zu jenen «schwankenden Gestalten», denen ein eigener fester Standpunkt fehle und die sich jeder Konjunktur anzupassen verstünden. Denn Rosenberg habe vor dem ersten Weltkrieg dem Hohenzollernkult gehuldigt, sei im November 1918 mit den Mehrheitssozialdemokraten gegangen, später zur USPD. übergetreten, um nach der Spaltung von Halle 1924 als Kommunist in den Reichstag gewählt zu werden, den er 1928 als «Wilder» verlassen habe.[1]

---

[1] Genosse Dittmann wendet sich deshalb mit besonderer Schärfe gegen Rosenberg, weil sich sowohl Genosse Gitermann als auch der Schreibende in ihren Veröffentlichungen bei der Schilderung der deutschen Ereignisse zum Teil auf die Arbeiten von Rosenberg gestützt haben. Deshalb betrachtet sich der Schreibende als legitimiert, Rosenberg zu verteidigen und gegen eine allzu scharfe Form der Kritik in Schutz zu nehmen.